

## Positionenmatrix Chancengleiche Bewerbung

Bewährungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
<b>Leitgedanke</b>		
Diskriminierung ist ein Problem, das über Vorschriften nicht gelöst werden kann. Keine unnötigen Hürden für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber; nicht Ungleiche gleichmachen. Verantwortliche müssen verantwortlich bleiben.	Diskriminierung kann durch den Vorschlag zumindest reduziert werden. Quoten könnten hinzukommen, um Diskriminierung tatsächlich zu verhindern.	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen reduziert werden.
<b>Innenausschuss</b> Folgen für den Staat als Arbeitgeber		
Der Gesetzentwurf würde den Bundesbehörden Neueinstellungen massiv verkomplizieren und zu zusätzlichem Aufwand führen.	Der Staat ist in seinen Behörden für den Schutz vor Diskriminierung verantwortlich. Zentrale Faktoren sind mit Foto, Alter und Nationalität erfasst.	Nur die vorgeschlagene komplette Anonymisierung erreicht das Ziel. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für eine gelebte Demokratie.
<b>Arbeitsausschuss</b> Folgen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
Integration ist eine Bringschuld der Zuwandernden, nicht eine Pflicht des deutschen Staates. (Aber: staatliche Angebote sind selbstverständlich und sinnvoll.) Hervorhebung der deutschen Sprache bedeutet keine Unterdrückung anderer Sprachen, Kompetenzen und Identitäten.	Die Verankerung der deutschen Sprache soll ein Angebot zur Kommunikation an Zuwandernde sein und Offenheit signalisieren. Der Staat muss bei der Klärung der Rechte und Pflichten des Staates und der Menschen aktiv werden.	Kulturelle Vielfalt muss als Verfassungsauftrag betont werden. Die sprachlichen Kompetenzen von Einwanderern müssen anerkannt werden. Die Pflicht zum Spracherwerb muss auch für „erwünschte“ Einwanderung gelten.
<b>Gleichstellungsausschuss</b> Beitrag zur Gleichstellung von Frauen, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund		
Gesellschaftspolitische Ziele erreicht man nicht mit Verboten, sondern allein dadurch, dass man Akzeptanz schafft. Auf keinen Fall denkbar ist eine Quotenregelung.	Der Frauenverband der GP fordert Quoten, um sicher zu stellen, dass zum Beispiel Frauen und Migrantinnen und Migranten tatsächlich eingestellt werden. Die übrige Partei ist aber skeptisch.	Das vorgeschlagene Verfahren bietet für alle relevanten Gruppen Schutz. Um niemanden zu bevormunden und die Akzeptanz zu sichern, ist die PEV gegen Quoten.

## Positionenmatrix Direkte Demokratie

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
<b>Leitgedanke</b>		
Die BP steht direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber, hat jedoch auf Landes- und EU-Ebene bereits direktdemokratischen Verfahren zugestimmt.	Die GP befürwortet direkt-demokratische Elemente. Sie steht dem Entwurf positiv gegenüber.	Die PEV hält direktdemokratische Elemente seit Jahren für dringend erforderlich.
<b>Verfassungsausschuss</b> Stärkung der Demokratie		
Bei Volksabstimmungen können nicht unterschiedliche Interessen oder besondere Bedürfnisse von Minderheiten berücksichtigt und gewichtet werden. Es gibt anders als in parlamentarischen Verfahren keine Möglichkeit, Gesetz nach differenzierten Anforderungen anzupassen und zu verändern	Direkte Demokratie kann das parlamentarische System sinnvoll ergänzen. Quoren müssen so definiert werden, dass Entscheidungen zwar realistisch erreichbar sind, aber zugleich ausreichende Legitimation aufweisen.	Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch auf Bundesebene in eigener Sache einbringen können. Fristen und Quoren sind im Entwurf sinnvoll, sollten jedoch weder verschärft noch aufgeweicht werden.
<b>Rechtsausschuss</b> Ist das Vorhaben juristisch sinnvoll und vertretbar?		
Volksentscheide können zu Verfahrenschaos führen, weil die Bevölkerung nicht alle Konsequenzen eines Gesetzentwurfes und bereits bestehende Recht überblickt.	Ausnahmebereiche für Volksabstimmungen: Haushalt und Finanzen; Maßnahmen gegen populistischen Missbrauch.	Volksabstimmungen sollten nur eingeschränkt werden, wo Grundrechte gefährdet werden könnten.

## Positionenmatrix Sahelien

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
<b>Leitgedanke</b>		
Bundeswehr = Instrument wertegeleiteter Politik; Einsätze auch aus Solidarität mit EU-Partnern.	Konflikte verhindern, Frieden schaffen. Solidarität mit französischer Regierung.	Förderung von Menschenrechten und globaler Entwicklung sind Kernaufgabe → Militäreinsätze sind ein mögliches Mittel
<b>Auswärtiger Ausschuss</b> EUMISA sinnvoll und angemessen?		
Einsatz vor Ort ist notwendig, auch in Hinblick auf Flüchtlingsströme; Verlässlichkeit der EU wahren.	EUMISA allein reicht keinesfalls aus; diplomatische Begleitung ist erforderlich; Furcht vor Postkolonialismus und Einseitigkeit.	EUMISA ist ermutigendes Zeichen für verantwortliche europäische Politik. EU hat Verantwortung für friedliche und demokratische Entwicklung Afrikas
<b>Verteidigungsausschuss</b> EUMISA verantwortbar?		
Bekämpfung von Terrorismus muss unterstützt werden. Entlastung Frankreichs ist wichtig. Landesweiter Einsatz nötig.	Verhindern, dass nicht weit von Europa entfernt unregierbare Regionen entstehen, von denen aus Terrornetzwerke operieren können.	Sahelische Regierung in ihrem Bemühen um die Herstellung von Sicherheit zu unterstützen ist essentiell für weitere Entwicklung
<b>EU-Ausschuss</b> Unterstützung für europäische Partner? Stärkt EUMISA die EU?		
Positionierung Deutschlands als verlässlicher Partner. EU ist nur glaubwürdig, wenn alle Mitglieder sich einbringen. Einsatz in Sahelien wichtig in Hinblick auf Terror-Bekämpfung und Flüchtlingskrise.	EU kann sinnvoll auf globaler Ebene Einfluss nehmen und Verantwortung übernehmen, Unterstützung Deutschlands ist wichtig.	Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßenswert, EUMISA als gutes Beispiel. Europa sollte als Friedensmacht agieren, Einsatz militärischer Gewalt nur als äußerstes Mittel.
<b>Entwicklungsausschuss</b> EUMISA nachhaltig?		
EUMISA schafft Voraussetzungen für parallele und nachfolgende Bemühungen. Auch Investitionen in Bildung und ökonomische Entwicklung sind wichtig.	Bildungs- und Gesundheitswesen massiv unterstützen; Korruptionsbekämpfung.	Verlangt Aktionsplan von der Bundesregierung; zentral: Staatsversagen aufarbeiten und funktionierende Verwaltungsstrukturen schaffen.

## Positionenmatrix Kaffeebecher

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
<b>Leitgedanke</b> Contra. Ein Pfand schadet Unternehmen und Verbraucher/innen. Es öffnet die Tür für weitere kleinteilige Maßnahmen.	Die Maßnahme ist sinnvoll, um die Umwelt zu schützen.	Die Maßnahme ist ein wichtiger Beitrag, um die Umwelt zu entlasten. Eine Gebühr wäre jedoch noch effektiver.
<b>Umweltausschuss</b> Kann die Umweltverschmutzung verringert werden? Umweltschutz ist wichtig, darf aber nicht zu Lasten der Wirtschaft gehen. Es gibt schlimmere Ursachen für Umweltverschmutzung.	Ein Pfandsystem erhöht den Anreiz, die Becher zurückzubringen. Diese werden dann auf einem gesicherten Weg dem Recycling zugeführt.	Ein Pfand sichert das Recycling. Noch nützlicher wäre es, wenn Einwegbecher weniger gekauft würden. Dafür könnte eine Gebühr sorgen, die den Kauf von Kaffee zum Mitnehmen wirklich teurer macht.
<b>Wirtschaftsausschuss</b> Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Wirtschaft? Ein Pfand erhöht den gefühlten Preis für Kaffee und schadet daher den Unternehmen. Umweltschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Wenn eine Maßnahme, dann eine freiwillige Selbstverpflichtung.	Ein Pfandsystem bedeutet, dass die Kosten für Kaffee nicht steigen. Dies ist fair für die Konsument/innen, weil sie nicht mehr Geld ausgeben müssen. Ebenso ist dies gut für die Wirtschaft, weil ihr keine Gewinneinbußen drohen.	Der Konsum von Kaffee wird weder durch ein Pfandsystem noch durch eine Abgabe auf Kaffeebecher zurückgehen. Es gibt ausreichend Alternativen, die den Verzicht auf Einwegbecher leicht möglich machen.
<b>Ausschuss für Verbraucherschutz</b> Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Verbraucher/innen? Die Maßnahme bedeutet für die Verbraucher/innen einen hohen Aufwand des Sammelns und Transportierens. Es wird schwierig sein, ungleiche Becher an allen Verkaufsstellen zurückzugeben.	Ein Pfandsystem bedeutet, dass die Kosten für Kaffee nicht steigen. Dies ist fair für die Konsument/innen, weil sie nicht mehr Geld ausgeben müssen.	Ein Pfandsystem ist für die Verbraucher/innen leistbar, dies haben das Dosen- und Flaschenpfand erwiesen. Ein Gebührensystem wäre für die Verbraucher/innen etwas teurer, würde aber klare Verhältnisse schaffen.